

# Deutsche Allgemeine Zeitung.

„Wahrheit und Recht, Freiheit und Gerechtigkeit.“

Freitag,  
3. Januar 1879.

Instraße

Nach an die Expedition in  
Leipzig zu senden.

Inserionsgebühr

für die Spaltenzeile 20 Pf.  
unter Einschluss 20 Pf.

## Telegraphische Depeschen.

**Berlin, 1. Jan. Se. Maj. der Kaiser** begrüßte bei dem heutigen Neujahrsempfange die Generalität, in gewohnter Müstigkeit, Frische und Kraft mit kurzen Dankworten in Erwiderung der ihm dargebrachten Glückwünsche derselben, und geruhte darauf, jeden einzelnen durch eine längere Unterhaltung auszuzeichnen. Nach der Gratulation der Generale empfing Se. Maj. die Commandeure der Leibregimenter, die landständigen Fürsten und deren Gemahlinnen und die am Hofe accreditirten Botschafter. Um 1 Uhr fand der Empfang der activen Staatsminister statt.

**Berlin, 1. Jan. Die Auswechslung der Rati-**ficationurkunden des am 16. Dec. hier unterzeichneten Handelsvertrages zwischen dem Deutschen Reiche und Oesterreich-Ungarn hat gestern hier stattgefunden.

**Wien, 31. Dec. Wie die Politische Correspon-**denz meldet, wurde heute Nachmittag im Auswärtigen Amte die österreichisch-italienische Vereinbarung unterzeichnet, nach welcher für den Monat Januar 1879 bis zum Inkrafttreten des neuen Handelsvertrages am 1. Febr. der bisherige österreichisch-italienische Handelsvertrag in Wirksamkeit bleibt, mit der einzigen Ausnahme, daß die aus Italien eingeführten Artikel nicht mehr nach den bisherigen Conventionaltariffen, sondern nach den Vereinbarungen des neuen österreichisch-italienischen Handelsvertrages behandelt werden sollen.

**Budapest, 1. Jan. Bei dem heutigen herkömm-**lichen Neujahrsempfange der liberalen Partei durch den Ministerpräsidenten Tisza bezeichnete der letztere das abgelaufene Jahr als ein Jahr selbstloser, patriotischer Pflichterfüllung und gab in Bezug auf das neubegonnene Jahr der Hoffnung Ausdruck, daß dasselbe von günstigen Erfolgen für das allgemeine Wohl werden und eine Lösung der schwebenden schwierigen Fragen zum Heile des Vaterlandes herbeiführen möge.

**Rom, 30. Dec. (Verspätet eingetroffen.) Der** am 24. Dec. von dem Papste an den vormaligen Nuntius in Wien ergangene Brief hat nach dem Offiziellen folgende Inhalt:

Der Papst dankt zunächst dem Erzbischof für die ihm dargebrachten Glückwünsche und weist auf die einträchtigen Bestimmungen hin, welche unter allen katholischen Bischöfen herrschen. Auf Grund dieser Einheit der Lehre, der Gesinnung und der Action dürfe er hoffen, daß die Dinge in erwünschter Weise sich entwickeln würden und daß alsdann nicht nur die Kirche, sondern auch die bürgerliche Gesellschaft sehr kostbare Früchte davon ernten werde. Die Uebel, von denen die Gesellschaft bedroht sei, gingen besonders hervor aus den Beeinträchtigungen, welche die Kirche erfahren habe. In dieser Ueberzeugung haben wir seit Beginn unseres Pontificats gesucht, die guten Beziehungen zwischen den Fürsten und Vätern einerseits und den Kirchen andererseits wiederherzustellen. Besonders aber haben wir unsern Geist der edeln deutschen Nation sofort zugewendet, damit nach Beilegung der religiösen Zwistigkeiten dieselbe wieder die Wohlthaten eines dauerhaften Friedens erlangen

könnte. Von unserer Seite haben wir alles Mögliche gethan, diesen Zweck zu erreichen, aber Gott allein weiß, ob das begonnene Werk ein glückliches Ergebnis haben wird. In jedem Falle werden wir mit demselben Eifer in unserer schwierigen Mission bis an das Ende unsers Lebens anhalten. Die sociale, politische und religiöse Ordnung ist durch die subversiven Lehren und ausschweifenden frechen Gesinnungen verblendeter Menschen überall so bedroht, daß wir die Pflichten unsers apostolischen Amtes zu verabsäumen glauben würden, wenn wir es unterließen, der zum Tode schwachen Gesellschaft die wirksamen Mittel zu reichen, welche die Kirche besitzt, um die Gesellschaft zu heilen. So werden wir für die deutsche Nation fortfahren zu wirken inmitten der Hindernisse aller Art, denn unsere Seele wird niemals Ruhe finden, solange der kirchliche Friede in Deutschland nicht wiederhergestellt ist. Damit unser Streben einen schnellen Erfolg erziele, wenden wir uns an den deutschen Episcopat, damit er sich bemühe, die Gläubigen den Lehren der Kirche immer zugänglicher zu machen. So werden die Gläubigen, Dank ihrer Haltung und Dank ihrer vollen Unterwerfung unter die Gesetze, welche nicht im Widerspruch mit dem Glauben und den Pflichten gegen die katholische Kirche stehen, sich würdig zeigen, die Wohlthaten des Friedens wieder zu erlangen und lange zu genießen. Wir setzen zu Gott, daß er seinen Stellvertreter auf Erden und die Bischöfe erleuchte und daß er, der die Herzen der Könige in seiner Hand hat, dem edeln und mächtigen Deutschen Kaiser und seinen Rathgebern wohlwollende Gesinnungen einflöße.

Der Papst fordert am Schlusse seines Briefes die deutschen Bischöfe auf, die Gläubigen zum gemeinsamen Gebete um Gottes gnädigen Beistand zu ermahnen, und ertheilt den deutschen Bischöfen und den Gläubigen ihrer Diocesen seinen Segen.

**Rom, 1. Jan. vormittags.** Gestern hat bei dem Könige feierlicher Empfang des diplomatischen Corps stattgefunden. — Das Amtsblatt veröffentlicht die Verlängerung der Handelsverträge mit der Schweiz, mit Frankreich und mit Oesterreich-Ungarn bis zum 31. Jan.

**Paris, 1. Jan. Der heute anlässlich des Neu-**jahrsestes hier und in Versailles stattgehabte officielle Empfang verlief dem Programm gemäß. Auf die kurzen Ansprachen der Präsidenten des Senats und der Kammer erwiderte der Marschall-Präsident mit Wünschen für die Wohlthat des Landes.

**London, 30. Dec.** Bezüglich des von der Pforte den europäischen Mächten mitgetheilten Vorschlages, auf alle vom Auslande in die Türkei einzuführenden Waaren einen Zoll von 20 Proc. zu legen, haben neuerdings Unterhandlungen zwischen der türkischen Regierung und England stattgefunden. Die englische Regierung hat sich bereit erklärt, einem Einfuhrzoll von 15 Proc. zuzustimmen, und hat gleichzeitig der Pforte die Erhebung eines Ausfuhrzolles von 8 Proc. anempfohlen. (S. T. B.)

**London, 31. Dec.** In den Grafschaften von Mittel-Schottland sind infolge des Thauwetters große Ueberschwemmungen eingetreten. — Wie verlautet, wird der Großherzog von Hessen mit seinen Kindern demnächst zum Besuche der Königin in Osborne eintreffen.

**London, 30. Dec.** Die Regierung hat an die städtischen Behörden aller Fabriksstädte Englands und Schottlands, in denen eine Stockung eingetreten ist, das Ersuchen gerichtet, ihr die detaillirtesten Mittheilungen über den Umfang der Noth zugehen zu lassen. An allen Orten haben sich Hilfscomités organisiert; da aber die Privatmittel nicht ausreichen, so wird vielfach an die Hilfe des Staates appellirt. (S. T. B.)

**Oldham, 30. Dec.** Heute haben viele Arbeiter die Arbeit zu reducirten Löhnen aufgenommen, sodas wieder eine größere Zahl von Fabriken in Thätigkeit ist. (S. T. B.)

**Sheffield, 30. Dec.** Die South Yorkshire- und North Derbyshire-Bereinigungen der Kohlengrubenbesitzer haben den Arbeitern mitgetheilt, daß sie infolge des Daniederliegens des Kohlenhandels entweder die Löhne um 2 1/2 Proc. herabsetzen oder umfangreiche Entlassungen vornehmen müssen. (S. T. B.)

**London, 1. Jan.** Den Daily News wird aus Peshawar von gestern gemeldet, eine Bande aus dem Hochlande habe die von den britischen Truppen verlassene Position, den Scheiberpaß, besetzt, die Telegraphendrähte zerschnitten und die Verbindung mit Alimusjid unterbrochen. Eine von Junrood gegen diese Bande abgeordnete englische Truppencolonne habe die Verbindung wiederhergestellt. — Der Herzog von Edinburgh ist zum Contreadmiral ernannt worden.

**Kalkutta, 1. Jan.** General Roberts sollte gestern mit einer kleinen Abtheilung Dazarpir verlassen und in der Richtung von Khost vorgehen. Die bisherigen Versuche der Afghanen, in dem District von Khost eine Erhebung gegen die Engländer zu Stande zu bringen, sind erfolglos gewesen. General Stewart hat den Weg durch den Engpaß von Gwojurnummehr dermaßen in Stand gesetzt, daß derselbe von der schweren Artillerie passiert werden kann; der Vormarsch gegen Kandahar wird heute sowohl auf dem Wege durch den Gwojurnapass wie auf dem durch den Khostapass beginnen. Nach zuverlässigen Berichten besteht die Besatzung von Kandahar aus drei schwachen Regimentern ohne Artillerie; das Gerücht, daß von Herat aus Verstärkungen nach Kandahar abgeschickt worden seien, hat sich nicht bestätigt.

**Petersburg, 31. Dec.** Der Reichsrath hat die von dem Finanzminister vorgeschlagenen neuen Steuervorlagen genehmigt; dieselben betreffen, wie die Agence russe meldet, die Stempelsteuer sowie die Steuern auf Liqueure, auf Eisenbahnbillets, auf Versicherungen und auf nicht aus Asien importirte Baumwolle. — In Astrachan ist eine starke Epidemie ausgebrochen.

**Petersburg, 1. Jan.** Im Jahre 1880 soll in Moskau eine große internationale Ausstellung stattfinden. Dieselbe dürfte mit großen Feierlichkeiten verbunden sein, da sie mit dem fünfundsingzigjährigen Regierungsjubiläum des Kaisers zusammenfällt.

## Aus Hamburg.

**Hamburg, 27. Dec.** Unsere Stadt geht gegenwärtig einer bemerkenswerthen Umgestaltung entgegen. Der hauptsächlichste Theil der — wenn auch in Promenaden verwandelten — Wälle, welche vom Millernbis zum Damnthor die innere Stadt von dem Terrain der Bororte Einsbüttel und Rotherbaum scheiden, soll niedergelegt und auf dem so gewonnenen Boden eine Art Ringstraße als directe Fortsetzung der Lombardbrücke und der Esplanade errichtet werden. Der beträchtliche „Dammthorwall“ wird bei diesem Anlasse in seiner jetzigen Gestalt verschwinden und einer schönen neuen Straße Platz machen, deren eine Häuserseite die Rückseite der Gebäude bildet, die sich nach der künftigen Ringstraße hin erheben sollen. Letztere wird ein 3 1/2 Meter breites Trottoir, einen 12 1/2 Meter breiten Fahrweg und 4 Meter breiten Reitweg erhalten, welcher später zur Anlage einer zweigleisigen Pferdebahn benutzt werden kann; daneben bleibt denn noch ein hinlänglich breiter Promenadengürtel erhalten, und auch von den in der Straße selbst gelegenen Baumgruppen werden die werthvollsten geschont und durch Treppen mit der Straße verbunden werden können. Durchbrüche werden eine bessere Verbindung von dem Innern der Stadt nach dem Zoologischen und Botanischen Garten und nach den Friedhöfen herstellen, und bereiten die Zeit vor, wo letztere ihrer jetzigen Benutzung entzogen und zunächst in Promenaden verwandelt werden. Schon ist bei dem dritthalb Stunden entfernten Dorfe Ohlsdorf ein kolossales Terrain für den künftigen Centralfriedhof erworben, dessen theil-

weise Benutzung nicht mehr lange auf sich warten lassen wird, wenn auch bis zur Schließung der sämtlichen gegenwärtigen Friedhöfe noch 15—20 Jahre verstreichen dürften.

Das Wachsthum der Stadt dürfte zum Theil im Zusammenhange mit diesen Plänen für die nächste Zeit ein mehr intensives als extensives sein. Gerade jetzt vollzieht sich der Proceß, die hier und da noch weitläufigen Läden in der baulichen Entwicklung der Bororte (und selbst der Vorstädte Sanct-Pauli und Sanct-Georg) auszufüllen, sodas dieselben sich wirklich überall als Theile der Stadt darstellen. Auch daran wird gearbeitet, dem ausgedehnten und stark bevölkerten Terrain vor dem Damnthor eine Kirche zu geben, während es bis jetzt außer den vier Kirchen der Altstadt und der einen Kirche der Neustadt nur in den benachbarten Dörfern Hamm und Eppendorf Kirchen gibt. Bemerkenswerth für die jetzige Physiognomie der Stadt ist ferner, daß in neuester Zeit einige Denkmäler errichtet oder projectirt worden sind: die Schiller-Statue, das Kriegerdenkmal, das Angelidenkmal, der monumentale Hansabrunnen, das Lessing-Denkmal (noch projectirt). Der Bau des neuen Rathhauses an Stelle des 1842 abgebrannten steht immer noch in weitem Felde, doch läßt sich jetzt wol mit Sicherheit behaupten, daß dasselbe nicht, wie vielfach vorgeschlagen worden, in die Binnenalster hinein, sondern auf dem gleich von Anfang an dafür vorgesehenen „Rathhausplatz“ vor der Börse errichtet werden wird. Von den beiden großen Kirchen, welche damals gleichfalls abgebrannt, ist die Nicolalkirche (die höchste der Welt) längst wieder vollendet und auch die Petrikirche dieses

Jahr fertig gestellt worden. Ueberhaupt sind die Spuren des großen Brandes jetzt endlich vollständig getilgt. Der Börse, die damals gerettet wurde, steht jetzt eine Erweiterung bevor.

Mit den Vororten zählt Hamburg zur Zeit circa 380000 Einwohner. Unmittelbar angrenzend finden wir weiter die Städte Altona mit gegen 90000, Ottensen mit 16000, Wandsbeck mit 15000 Einwohnern, Daß der Zwischenverkehr zwischen Stadt, Vorstädten, Bororten und Nachbarstädten ein ungeheurer ist, läßt sich denken; es vermitteln denselben zur Zeit (außer der Verbindungsbahn Klosterthor-Altona) sechs Pferdebahnen, deren eine gegenwärtig schon im Besitz von drei Straßenlocomotiven ist, und 14 Dammthorlinien; außerdem die Alsterdampfboote. Von den Pferdebahnen fährt eine, die Altonaer, alle 5 Minuten; allerdings durchschneidet sie einige Straßen von so außerordentlicher Belebtheit, daß es unerlässlich sein dürfte, zur Entlastung derselben einen durchgehenden Parallelstraßenzug herzustellen, was auch eben jetzt in Angriff genommen ist.

## Vom dresdener Hoftheater.

**R. W. Dresden, Ende December.** Am 25. des letzten Monats im Jahre gab man als Neuheit im Neustädter Hoftheater das von der auswärtigen Kritik vielbelobte Lustspiel von L'Arronge: „Doctor Klaus.“ Dieses sogenannte Lustspiel ist genau genommen weder Lust- noch Schauspiel; es steht zwischen beiden, nähert sich aber zuweilen sogar der Posse. Für ein Lustspiel drohen zu viel ernste Ausichten, die nicht grundlos



**Petersburg, 1. Jan. morgens.** Gestern hat in der Preobraschenski'schen Kathedrale zum Andenken an die im vergangenen Jahre vollzogene Ueberschreitung des Balkans Gottesdienst stattgefunden. Kaiser Alexander, der Großfürst-Thronfolger sowie die übrigen Mitglieder der kaiserlichen Familie, sämmtliche hier anwesende Generale und die höhern Offiziere der Garde und der andern bei der Ueberschreitung theilhaftig gewesen Truppen wohnten der Feier bei. Am Abend fand im Winterpalast ein Diner statt, zu welchem die Generale und Stabsoffiziere der Garde Einladungen erhalten hatten. Bei demselben hielt der Kaiser eine Ansprache, in welcher er der Tapferkeit der Gardetruppen gedachte und denselben seinen Dank aussprach. Nach enthusiastischen Hurrahs wurden sodann Toaste auf das Wohl des Kaisers und der Armee ausgebracht.

**Belgrad, 31. Dec.** Die Serbische Novine meldet: „Naut Entscheidung des Kriegsgerichts in Semendria werden der Prinz Peter Karageorgewic, Sohn Alexander Karageorgewic's, und sechs andere Personen wegen des beabsichtigten Attentates auf das Leben Milan's flehentlich verfolgt und die Mitwirkung der inländischen und ausländischen Behörden angerufen.“ (Wiederholt.)

**Konstantinopel, 31. Dec.** Die Pforte hat den Mächten mitgetheilt, daß sie beabsichtige, den ersten Secretär ihrer Botschaft in Paris, Rasi-Bei, zum Gouverneur des Libanonvilajets zu ernennen.

**London, 31. Dec.** Die amtliche London Gazette veröffentlicht die von der Europäischen Donaucommission beschlossenen, morgen in Kraft tretenden Modificationen der Abgaben von den Einnahmen der Donauschiffahrt, sowie den Finanzbericht der Donaucommission, aus welchem hervorgeht, daß die betreffenden Finanzoperationen im Jahre 1877 ein Deficit von 416791 Frs. ergaben.

**London, 1. Jan. morgens.** Nach einer Meldung des Reuterschen Bureau aus Konstantinopel von gestern hat der Admiral Hornby dem englischen Votenschaffer Layard angezeigt, daß die englische Flotte am nächsten Donnerstag abends in der Bai von Sidon eintreffen werde, weil bei Artaki die Verproviantirung auf Schwierigkeiten gestoßen sei. Das Gerücht, Layard habe die Flotte herbeigerufen, wird für unbegründet erklärt. — Die in Philippopolis tagende Commission für Ostrumelien hat die Lage Ostrumeliens nach dem Rückzuge der russischen Truppen einer Berathung unterzogen. Der englische Delegirte Wolff machte den Vorschlag einer gemischten militärischen Organisation für Rumelien, wie diejenige im Libanon. Die Vertheidigung des Balkans solle der bulgarischen Miliz anvertraut werden.

**Deutschlands innere Lage im Jahre 1878.**

— Leipzig, 2. Jan. Viel weniger günstig als die Machtstellung Deutschlands nach außen erschien während des vergangenen Jahres dessen innere Lage. Die Stockung des Handels und der Gewerbe dauerte, wenn auch theilweise etwas gemildert, fort, und, so wenig diese Erscheinung (wie von manchen Seiten um gewisser politischer oder wirtschaftlicher Parteinteressen willen vorgegeben wird) eine specifisch deutsche war, da vielmehr auch andere Länder, selbst das gewerbreiche und handelsmächtige Albion, schwer eben daran

krankten, so war dies doch nur ein leidiger Trost und entthob uns nicht der traurigen und bedenklichen Folgen dieses schon so lange anhaltenden Nothstandes. Daß dieser Nothstand auf Rechnung theils des Reiches und der Reichspolitik, theils einzelner Parteien im Reichstage gesetzt ward — natürlich in erster Linie der national-liberalen, die überall und zu allem Schuld sein soll — daß man ihn benutzte, bald um allgemeine Unzufriedenheit zu säen und zu unterhalten, bald um einen politischen und wirtschaftlichen Systemwechsel mit Ungestüm zu fordern, darf nicht wundernehmen, obgleich darin freilich eine leider noch weitverbreitete sowohl politische als wirtschaftliche Unreife zu Tage trat.

Eine solche zeigte sich auch in der ziemlich weite Kreise beherrschenden pessimistischen Anschauung von den Zuständen des Deutschen Reiches im allgemeinen. Kaum sieben Jahre nach einem Aufschwunge Deutschlands ohnegleichen, einer Sicherung der Einheit und der Gewinnung einer Machtstellung, an die noch kurz vorher niemand zu glauben gewagt hätte, thaten viele, selbst von den angeblich politisch Denkenden, gerade so, als befänden wir uns noch in jenen Jahren der Reaction nach innen und der Schwäche nach außen, wie wir sie vor etwa 25 Jahren erlebt. Wenn man sie hörte, hätte man meinen sollen, alles in Deutschland sei ins Stocken geraten, überall fehle entweder der rechte Wille oder die rechte Einsicht.

Was einigermaßen zu etwas trübren Anschauungen zu berechtigen oder doch sie zu erklären und zu entschuldigen schien, war — gerade um die Jahreswende von 1877 zu 1878 — eine abermalige sogenannte „Reichskanzlerkrisis“, mit welcher fast gleichzeitig auch der Mangel actualer Besetzung wichtiger Posten in dem deutschen Hauptstaate Preußen zusammentraf.

Unter solchen nicht gerade ermutigenden Auspicien trat der Deutsche Reichstag am 6. Febr. zusammen. Zwei wichtige Gesetzesentwürfe nahmen denselben in erster Linie in Anspruch, beide — der eine direct, der andere indirect — mit der „Kanzlerkrisis“ zusammenhängend: das „Stellvertretungsgesetz“ und das Gesetz wegen Erhöhung gewisser indirecter Steuern, insbesondere auf Tabak. Das Stellvertretungsgesetz, zunächst zur persönlichen Erleichterung des Reichskanzlers bestimmt, indem es festsetzte, daß der Kaiser auf Ansuchen des Kanzlers denselben entweder für das ganze Reich oder für einzelne oder für einzelne derselben einen Stellvertreter mit voller Verantwortlichkeit geben könnte, ward zugleich als ein wenigstens vorbereitender Schritt zur Herstellung eines vollständigen verantwortlichen Reichsministeriums angesehen und nach beiden Seiten hin besonders von der national-liberalen Partei gern und unbedenklich angenommen.

Anders war es mit der Steuerfrage und speciell der Tabaksteuerfrage. Die Vorlage, die darüber an den Reichstag gelangte, befriedigte nach keiner Seite hin und hatte daher auch nur den einen Erfolg, daß der Reichstag zu einer umfassenden Untersuchung der ganzen Lage der deutschen Tabakindustrie (Tabakenquête) seine Genehmigung gab, auf deren Resultate dann erst die weiteren Entschliessungen in dieser Frage gegründet werden sollten.

Aber jene Vorlage war auch nur oder ward doch sehr bald eine bloße Nebensache angesichts einer dabei scharf in den Vordergrund tretenden Hauptfrage, nämlich der einer umfassenden Steuerreform für das

Reich überhaupt. Fürst Bismarck sprach es bei den Verhandlungen über jene Vorlage unumwunden aus, daß er, um das Reich möglichst auf eigene Einnahmen zu stellen, die Einzelstaaten aber — zunächst wenigstens durch Wegfall der Matricularbeiträge — zu entlasten, neben andern indirecten Steuern eine sehr hohe Veranziehung des Tabaks für wünschenswerth halte, am liebsten im Wege des Monopols.

Hier nun war es, wo die Steuerfrage mit der Stellvertretungsfrage, beide aber mit der einer Neugruppirung der Parteien im Reichstage, der Bildung einer großen parlamentarischen Regierungspartei, sich aufs engste berührten.

Schon lange hatte dieser letztere Gedanke den Reichskanzler beschäftigt. Um seiner Verwirklichung näher zu treten, hatte derselbe kurz vor Ende des Jahres 1877 mit dem Führer der großen national-liberalen Partei, Hrn. v. Bennigsen, vertrauliche Unterhandlungen gepflogen. Soviel man von diesen erfahren, handelte es sich dabei um den Eintritt eines oder einiger hervorragender Mitglieder gedachter Partei in das Ministerium, das preussische und beziehentlich das des Reiches. Das Stellvertretungsgesetz würde dazu eine Brücke gebildet haben.

Selbstverständliche Vorbedingung für eine solche Theilnahme der national-liberalen Partei an der Regierung war: Verständigung derselben mit dem Reichskanzler über das Programm dieser Regierung. Im Vordergrund eines solchen Programms stand nun für den Reichskanzler eben jene Steuerfrage. Und an dieser gerade sollte leider die Verständigung scheitern. Ob dies geschah, weil der Reichskanzler zu hartnäckig auf dem Tabakmonopol bestanden, oder weil Hr. v. Bennigsen seinerseits als Voraussetzung der geplanten Steuerreform überhaupt „constitutionelle Garantien“ (für Sicherung des Bewilligungsrechts des Reichstages und der Einzelanträge, zunächst des preussischen) gefordert, welche der Reichskanzler nicht gewähren zu dürfen oder zu können geglaubt, ist noch nicht zweifellos festgestellt; daß die Verhandlungen darüber gescheitert, weil Hr. v. Bennigsen nicht allein, sondern nur mit noch andern Führern seiner Partei habe eintreten wollen, ist weniger wahrscheinlich.

Es kommt auch hier für den Augenblick weniger auf die Ursachen als auf das Factum selbst und auf die Folgen dieses Scheiterns der Verhandlungen zwischen dem Fürsten Bismarck und den National-Liberalen an. Auf die Ursache wird später noch zurückzukommen sein. Die Folgen waren: einerseits das Beharren der National-Liberalen bei der Bekämpfung der Bismarck'schen Steuerpläne, andererseits die Neubildung des preussischen, beziehentlich des Reichsministeriums (soweit von einem solchen die Rede sein kann) ohne Rücksicht auf die National-Liberalen. Nachdem der Finanzminister Camphausen durch das persönliche Vorgehen des Reichskanzlers gegen ihn bei der Tabaksteuerdebatte zum Rücktritt veranlaßt worden, nachdem um etwas später bei anderer Gelegenheit das Gleiche dem Handelsminister Achenbach geschehen, nachdem endlich der Minister des Innern Graf Enlenburg seinen Rücktritt genommen, fand durch den Eintritt der Herren Hoberg, Maybach und eines Namensvetters des Grafen Enlenburg in die leergewordenen Stellen, sowie durch die Ernennung des Grafen Otto Stolberg zum Vicepräsidenten des preussischen Staatsministeriums und Stellvertreter des Reichskanzlers, eine Combination

sind. Da aber selbige zu keinem ernstern Conflict führen, kann man das Stück auch nicht Schauspiel nennen. Lebensbild dürfte die passendste Bezeichnung sein. Im Lustspiel dürfen ernste Verwickelungen deren Lösung nicht mit Bestimmtheit vorausgesagt werden können, überhaupt gar nicht drohen. Nur scheinbarer Ernst kann seinen Schatten in die Ereignisse werfen, aber der Charakter der Personen muß in jedem Zuhörer die feste Ueberzeugung erwecken, daß ernste Conflithe hier gar nicht möglich sind. Im heutigen Stück droht wieder eine unglückliche Ehe, weil beide Theile, Mann und Frau, aus verschiedenen, nicht sittlichen Gründen sie schließen. Die Tochter eines durch Arbeit reich gewordenen Bürgers hat einen Baron mit eleganten Manieren, aber großem Deficit an Besitzthümern und Lebensernst geheiratet. Sie fühlt sich schon nach zwei Monaten unglücklich und vereinsamt in geräuschvollen äußerlichen Vergnügungen, die der Gatte mit großem Geschick und zum Beifall des flott gewordenen Schwiegervaters zu veranstalten weiß, und über die hinaus sein Trachten gar nicht zu gehen scheint. Nun muß die junge, gemüthreiche Frau noch die demüthigende Erfahrung machen, daß die Leute glauben: der Vater habe mit seinem vielen Golde der Tochter einen Baron zum Manne gekauft. Ein braver, offener, allen drohenden Uebeln scharf auf den Leib gehender Mann, Dr. Klaus, Arzt und Verwandter der jungen Frau, übernimmt die Ausgleichung, die sehr trivial ist, und der junge Baron, dem man weder Schlechtes noch Gutes aus seinem Wesen zutrauen konnte, so wenig ist er vom Autor entwickelt, zeigt sich auf einmal zum Schluss so brav und arbeitsam, als

wenn er das ganze Leben lang nie anders gewesen wäre. So ist ein glücklicher Ausgang herbeigeführt, der aber mehr zufällig ist, als aus innern Kämpfen hervorgeht. Eine geschickte Mache, ein gesunder Kern mit moralischer Tendenz lassen das Stück gefallen und die nicht fehlenden Trivialitäten sind vorstichtiger als bei Stücken gleicher Art umwidelt. Häßliche Episoden und dankbare Rollen geben den Ausführenden gute Laune. Hr. Karl vom Lobe-Theater in Breslau war als Gast für den erkrankten und für längere Zeit beurlaubten Hrn. Engelhardt eingetreten. Er spielte den Rutscher Lubowski und wird bei seinem Talent, das der Dresdner bei seinem mehrjährigen Engagement am hiesigen Festspieltheater schätzen lernte, sich leicht dem Ensemble des Hoftheaters einfügen. Er wie die Herren Bauer, Richelsen und besonders Hr. Jaffe als Dr. Klaus, der am besten geeignete Charakter des Stückes, erwarben reichen Beifall, den auch die Damen Fräulein Schendler, Bipsler und Köppler theilten.

Neu inscenirt waren Shakespears „Romeo und Julia“ und Kleist's „Räthchen von Heilbrunn“. Besonders erschien letzteres lebendiger und charakteristischer in der Ausführung als früher, ohne freilich die überzeugende Kraft der Meininger zu erreichen. Doch wurde theilweise Treffliches geboten und solches auch vom zahlreichem Publikum mit Begeisterung anerkannt. Fräulein Elmreich, die die Julia empfindend und glühvoll wiedergab und nur im Anfang nicht schlicht und unerfahren genug schien, zeigte sich als Räthchen wieder als geistig bedeutende sinnige Künstlerin. Daß gerade die Scenen, wo die geheimnißvollenzüge des menschlichen Herzens enthüllt werden, den meisten Beifall

fanden, zeugt für den nie zu tödtenden gesunden Sinn des Publikums, der sich wol manchmal verirren, aber nie abhanden kommen kann. Fräulein Bormann von München gastirte als Königin Rene's Tochter, als Selma in „Mutter und Sohn“ und Melitta in „Sappho“ mit Beifall. Sie soll engagirt werden.

In einem öffentlichen Concert des Conservatoriums zu wohlthätigen Zwecken waren die Vorträge von Choralien unter Dr. Wöllner's Leitung überraschend tüchtig. Auch die theatralischen Vorstellungen unter Leitung des Hrn. Bürde sind anerkanntenswerth.

† Straßburg, 23. Dec. Wie die verschiedenen Blätter berichten, zeigen sich seit Eintritt der Kälte die Wölfe in den ruhigeren Gegenden auf beiden Abhängen der Vogesen. Diese Thiere wagen sich bis in die nächste Nähe der Dörfer und sogar der Städte. Die Weger Zeitung berichtet, daß in voriger Woche ein Wolf auf dem Glacis gesehen wurde und daß drei Wölfe in den Pferdestall eines einzeln stehenden Hauses einzudringen versucht hätten. Nach der Dietenbosen Zeitung ist ein Wolf im Dorfe Eberweier in den Schweinehülle eingedrungen und hat das Schwein aufgefressen. Die Saargemünder Zeitung erzählt, daß bei einem kürzlich stattgehabten Treibjagen in den Staatsforsten eine Wölfin erlegt worden sei und ebenso wurden, dem Wölfer Journal zufolge, bei Dünze drei dieser Bestien getödtet. Die Neue Wülflinger Zeitung meldet, es seien Wölfe in großer Zahl über die Vogesen in den Jura, sogar in das Elsass eingedrungen, wo sie besonders bei Alstirch bemerkt wurden. Auch in Frankreich treten diese gefährlichen Thiere in ungewöhnlicher Anzahl auf, so den dortigen Wäldern zufolge bei Belfort, Lunewille, sogar in der Umgegend von Lyon und bei Carpentras. In einigen Gegenden Lothringens werden die in Wäldern und einzelnen Hütten wohnenden Schulkinder der Wölfe wegen mit Gemeindefürsorgen zur Schule geholt oder dahin zu Fuß durch Ortsdiener begleitet.

stätt, di  
doch lei  
national-  
Die  
Regieru  
sammen  
Nationa  
auch ni  
hinaus  
S  
11  
E. Wa  
Deutsch  
für die  
Dieser  
  
N.L.  
der ung  
Vorliegen  
berger,  
Zellta  
werthe  
in dem  
Commis  
Gragen  
welche i  
zeugung  
sind. I  
rungen  
betracht  
Auen  
Regel d  
Schug  
der Zuf  
wenn ih  
rische B  
ganzen  
sobald d  
nenen,  
freien  
Arbeit  
Preußen  
Anlauf  
gebende  
geblieben  
Abchnitt  
sche Boll  
maße ih  
ist den v  
bleiben.  
Rohstoff  
Fabrikat  
und mi  
den läßt  
sind wir  
von der  
aus den  
mit einer  
rade aus  
verderbl  
ten und  
zu erich  
tenen W  
hinter ne  
mit neue  
der eben  
stände ta  
nur in t  
Landesve  
Ausland  
Wehrsch  
Ein  
vom 11  
Bereins  
jezt hei  
ben in  
Handels  
Deutsch  
nen Han  
derjenige  
Preußen  
sche Da  
— Di  
der 3  
alle Zei  
des De  
Chrenp  
trioten.  
Deutsch  
Ratze  
päishe  
denstsch  
Wert u  
auch de  
heute d  
Welt st  
sich knü  
der Kul  
Schmä  
gelaufen  
mit Un  
festigen  
mit der  
Gleichg



stati, die, wenn auch noch nicht gerade eine „Umkehr“, doch keinesfalls eine weitere Annäherung an die national-liberale Partei bedeutet.

Die Möglichkeit der Bildung einer compacten, sichern Regierungsmehrheit im Reichstage und die damit zusammenhängende einer praktischen Antheilnahme der National-Liberalen an der Regierung war damit, wenn auch nicht aufgehoben, so doch auf unbestimmte Zeit hinaus verschoben.

So standen die Dinge im Reichstage, als am 11. Mai das erste jener stuchwürdigen Attentate auf Sr. Maj. den allverehrten Kaiser geschah, welche ganz Deutschland in Bestürzung versetzten. Damit begann für die parlamentarische Lage eine ganz neue Phase. Dieser sei ein folgender Artikel gewidmet.

Deutsches Reich.

N.L.C. Berlin, 1. Jan. Der Verein zur Förderung der Handelsfreiheit hat durch seinen Vorsitzenden, den Reichstagsabgeordneten Dr. Bamberg, dem Bundesrathe eine Eingabe in Sachen der Zolltarifrevision überreicht. Das höchst beachtenswerthe Schriftstück untersucht die von dem Reichskanzler in dem Antrage vom 12. Nov. wegen Einsetzung einer Commission zur Revision des Zolltarifs aufgeworfenen Fragen und entwickelt diejenigen leitenden Grundsätze, welche in Bezug auf die Zollpolitik nach der Ueberzeugung des Vereins allein als richtig anzuerkennen sind. Wir werden auf die streng sachlichen Ausführungen zurückkommen. Für jetzt seien aus der Schlussbetrachtung folgende Sätze hervorgehoben:

Ausnahmen sind bei allen Regeln zulässig, auch bei der Regel des freien Verkehrs. Für die Handelspolitik ist der Schutz der inländischen Industrie durch die Erleichterung der Zufuhr von außen in der Hauptsache nur begründet, wenn thatsächlich aus der bestehenden Zollgesetzgebung historische Produktionsverhältnisse erwachsen sind, die zu einer ganzen Verletzung von gewerblichen Anlagen geführt haben, sobald diese keine nicht plötzlich zerfallen werden kann, ohne neuen, erheblichen Schaden zu stiften. Die Politik des freien Verkehrs, welche in der mit so bewunderungswürdiger Klarheit abgefaßten Instruction vom 26. Dec. 1808 für Preußen verkündet worden war, ist, von einem einzigen Anlauf zur Rückwärtsbewegung abgesehen, die richtunggebende für das Königreich und für seine Zollverbündeten geblieben. ... Doch selbst während des epochenmachenden Abschnitts der europäischen Handelsverträge hat die deutsche Zollpolitik bei aller Freiheit ihrer Anschauungen niemals ihren vorsichtig conservativen Charakter abgelegt. Sie ist den von Anfang her beobachteten Grundsätzen treu geblieben, wesentlich dahin zielend, vor allem Nahrungs- und Rohstoffe, dann die wichtigsten Gütermittel der großen Fabrication und des Landbaues zu entlasten, nur allmählich und mit äußerster Schonung jeweilig einzelne Artikel von den lästigen und entbehrlichsten Steuern zu befreien. So sind wir zu einem Statusquo gelangt, der, weit entfernt von der Verwirklichung eines freihändlerischen Ideals, durchaus den überlieferten Zuständen Rechnung trägt und sie mit einem System mäßiger Schutzzölle umgibt. Aber gerade aus diesem Grunde wäre es eine verhängnisvolle und verwerfliche Umkehr, wenn die zum freien Verkehr gelangten und bereits nach ihm entwickelten Gewerbe durch neu zu errichtende Schranken eingegrenzt, wenn die bereits betretenen Wege des Verkehrs wieder verschüttet, und wenn hinter neu aufzuführenden Schutzwehren künstliche Existenzen mit neuen Ansprüchen ins Leben gerufen würden. Neben der eben geschilderten Rücksicht auf historisch gegebene Zustände kann der Grund zur Abschließung gegen das Ausland nur in der Nothwendigkeit gefunden werden, die für die Landesverteidigung notwendige Industrie unabhängig vom Auslande hinzustellen. Aber gerade in dieser Industrie der Wehrhaftigkeit überragt Deutschland alle andern Staaten.

Eine Beleuchtung des Schreibens des Reichskanzlers vom 15. Dec. behält sich der Centralausschuß des Vereins zur Förderung der Handelsfreiheit vor. Schon jetzt heißt es aber in Bezug auf die in diesem Schreiben in Vorschlag gebrachten Grundlagen der künftigen Handelspolitik: „Diese Grundlagen, deren Ausbildung Deutschland zu dem System des sogenannten geschlossenen Handelsstaates führen würde, sind das Gegentheil derjenigen, welche vor 70 Jahren als das Programm Preußens verkündet und seit 60 Jahren für die deutsche Handelspolitik leitend gewesen sind.“

Die National-Liberale Correspondenz schreibt „an der Jahreswende“: „Das Jahr 1878 wird für alle Zeit einen hervorragenden Platz in der Geschichte des Deutschen Reiches behalten. Leider ist es kein Ehrenplatz. Erhebend kann für das Herz des Patrioten nur der Rückblick auf die Stellung sein, welche Deutschland auch während dieses Zeitabschnittes im Rathe der Völker eingenommen hat. Daß der europäische Congress zu Stande kam, daß er zum Friedensschluß führte, ist unbestritten in erster Linie das Werk unsers großen Staatmannes. Wie sehr man auch den Berliner Vertrag bemängeln möge, er ist heute der einzige feste Punkt, auf den der Friede der Welt sich stützt. Sollten die Hoffnungen, die an ihn sich knüpfen, in dem neuen Jahre getäuscht werden, der Ruhm der deutschen Politik würde dadurch keine Schwächung erleiden. Unwiderleglich hat das abgelaufene Jahr bewiesen, daß das neue Deutsche Reich mit Uneigennützigkeit den europäischen Frieden zu befestigen bemüht ist. Wo sind heute jene Klagen, die mit der Gründung dieses Reiches das europäische Gleichgewicht vernichtet glaubten? Niemals in diesen

acht Jahren hat Deutschland weder in seiner Sprache noch in seinen Handlungen Ansprüche erhoben, wie sie die Phrase von dem „berechtigten Uebergewicht Frankreichs“ zwei Decennien hindurch gerade am Neujahrstage den Völkern ins Gedächtniß rief. Auch unsere Reider und Hasser müssen bekennen, daß das „europäische Gleichgewicht“ heute jedenfalls mehr zur Wahrheit geworden ist als zur Zeit des Napoleonischen Kaiserthums. Und so dürfen wir am Ende des Jahres mit aufrichtiger Anerkennung sagen: unsere auswärtige Politik hat die Achtung der Nationen vor dem Deutschen Reich nur befestigen können. Damit ist aber das Befriedigende des Jahresergebnisses erschöpft. Was die innere Entwicklung unsers Staatswesens anlangt, so sind der Rückblick in die Vergangenheit und der Ausblick in die Zukunft gleich tröstlos. Wir schweigen von dem, was in jedem deutschen Herzen für alle Zukunft Scham und Born erwecken muß, so oft der Name des Jahres 1878 genannt wird. Traurig genug, daß die verruchten Angriffe auf das ehrwürdige Haupt unsers Kaisers der Anlaß gewesen sind der einzigen kraftvollen That, zu welcher sich die Factoren der Reichsgesetzgebung zusammengefunden haben! Traurig genug, daß wir allein aus dem Zustandekommen des Socialistengesetzes die Zuversicht auf die ungebrogene Lebenskraft unsers Volkskörpers schöpfen können! Wäre es bei der Jugend unsers nationalen Staates nicht gar zu widersinnig, man könnte glauben, in der unseligen Verwirrung, in welcher unsere innern Dinge nun seit Jahr und Tag ziellos umhertreiben, ein Zeichen des auflösenden Marasmus erblicken zu müssen. Inmitten der unvermeidlichen Reibungen, welche die unserteigige und vermeidliche Organisation des Reiches zur Folge hat, war längst als dringende Nothwendigkeit die Herstellung einer engeren Fühlung zwischen der Volksvertretung und der Regierung des Reiches erkannt worden. Das Jahr 1878 begann in dieser Beziehung mit den überschwenglichsten Erwartungen, die freilich schon im Februar zerrinnen sollten. kaum drei Monate später erlebten wir dann das wunderliche Schauspiel, daß derselbe Hr. v. Bennigsen, mit dem man zu Anfange des Jahres über den Eintritt in das Ministerium verhandelt hatte, von der gouvemenentalen Presse als Feind der Regierung bezeichnet wurde. Die Neuwahlen zum Reichstage haben das ungesunde Verhältnis zwischen Regierung und Reichstag nicht geändert. Des Reichskanzlers Idee einer Verschmelzung der National-Liberalen und Conservativen zu einer „festen Majorität“ muß der Natur der Sache nach ein frommer Wunsch bleiben. Diese Majorität wird sich in der äussersten Noth immer von selbst zusammenfinden; die Basis eines freundigen, zielbewußten und wirklich fruchtbaren Schaffens aber könnte sie nimmermehr bilden. So steht das Problem jener engeren Fühlung noch immer ungelöst. Die Verwirrung aber ist noch gestiegen. Hat doch die allerneueste Wendung eine Gruppierung der Parteien zu Wege gebracht, in welcher allein das Centrum vollständig auf der Seite des Reichskanzlers erscheint! Aus solcher Lage heraus die schließliche Lösung des Problems zu prophezeien, übersteigt menschliche Kunst. Wir müssen uns begnügen mit der Erkenntniß, daß diese Lösung gefunden werden muß, weil nur dann eine gesunde Entwicklung des Reiches gesichert ist, und mit der Zuversicht, daß sie gefunden werden wird, weil eine weltgeschichtlich nothwendige Schöpfung wie unser heutiges nationales Gemeinwesen nicht nach wenigen Jahren des Verfallens wieder auseinanderfallen kann.“

Böhmer's Social-Correspondenz sagt beim Jahreswechsel: „Ueberblicken wir die großen Ereignisse des Jahres 1878, so ziemt uns vor allem Dankbarkeit dafür, daß wir vor einem Weltkriege bewahrt geblieben sind und aller Voraussicht nach einen solchen auch in nächster Zukunft nicht zu befürchten haben. Die Befestigung der friedlichen Weltlage ist eine Vorbedingung für die Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse, die fast allenthalben eine schwere Krisis erlitten haben. Wir werden klug handeln und am raschesten wieder gesund werden, wenn wir die Schuld unbefriedigender geschäftlicher und socialer Zustände nicht immer auf Regierungen, Gesetze und staatliche Anordnungen schieben, sondern uns selbst anlagen und die Ueberstürzungen der Production und Consumtion durch weise Selbstbeschränkung und Sparsamkeit wieder gut zu machen suchen. Die beiden letzten Jahrzehnte haben die Menschheit einen gewaltigen Schritt vorwärts gebracht und besonders die handarbeitenden Klassen von zahlreichen politischen und gewerblichen Beschränkungen befreit. Solche Neugestaltungen vollziehen sich nicht ohne mancherlei Irthümer und Störungen. Wir leben noch in dem Uebergange von der Gebundenheit zur Freiheit und haben den Mißbrauch der letztern bitter empfunden. Aber es ist von den höhern Klassen und von den Unternehmern wol ebenso viel, ja vielleicht mehr gesündigt worden, als von selten der untern Klassen und der Arbeitnehmer. Alles wollte seine Lebenshaltung plötzlich erhöhen, während doch das Wirtschaftsleben keine Sprünge duldet und vermehrte Güter sich nicht aus dem Boden stampfen, sondern nur durch ausdauernde Arbeit

erringen lassen. Unser Geschlecht krankt noch immer an einer mangelhaften Einsicht in die Natur der wirtschaftlichen Dinge; es hat einen wahrhaft naiven socialistischen Aberglauben an Universalmittel und an die Möglichkeit einer staatlichen Organisation der Production und Consumtion, anstatt sich mit den harten Thatfachen und Einzelheiten des Erwerbslebens zu beschäftigen und den tiefern Ursachen der socialen Noth nachzuforschen. Möge die Menschheit im Jahre 1879 vor allem Fortschritte in der Selbsterkenntniß und Selbstbeherrschung machen! Möge aller Groll und alle Bitterkeit aus dem Jahre 1878 in ein tiefes Grab versenkt werden und ein verständlicher Ton und ernster Sinn in den öffentlichen Discussionen platzgreifen! Wenn sich außerdem jeder vornimmt, mit der Besserung zunächst im kleinen, bei sich selbst, in seiner eigenen Familie, Werkstatt und Gemeinde anzufangen, gegen Selbstsucht, Trägheit und Genußsucht entschlossen anzukämpfen und seinen Mitmenschen im Kampfe ums Dasein halfreich beizustehen, so wird es im neuen Jahre auch im großen besser werden!“

Aus Berlin vom 31. Dec. schreibt man der Neuen Preussischen Zeitung: „Wie verlautet, erfolgte im Bundesrathe die Ueberweisung des Schreibens des Reichskanzlers vom 15. Dec. an die Tarifrevisionscommission zwar nicht einstimmig, doch mit großer Majorität. Die Mehrzahl der deutschen Bevollmächtigten zum Bundesrathe nimmt zu dem Schreiben augenscheinlich eine freundliche Haltung ein, wonit nicht gesagt ist, daß in allen Punkten eine Uebereinstimmung der Ansichten vorhanden wäre. Allein als Ausgangspunkt zur Gewinnung eines Wirtschaftsprogramms, das die Matricularbeiträge wesentlich verringert, findet es volle Beachtung, und es scheint nicht, als würden dem Reichskanzler seitens des Bundesrathes Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden. — Durch die Zeitungen läuft die Nachricht, der Reichskanzler, welchem alles daran gelegen sei, sein neues Zollprogramm zur Durchführung zu bringen, solle sich dem Finanzminister gegenüber zu Concessionen betreffen der von liberaler Seite gestellten Forderung nach Quotifirung der directen Steuern geneigt gezeigt haben. Minister Hobrecht habe Sr. Maj. dem Kaiser und König darüber eingehenden Bericht erstattet. Man versichert ferner, daß der Finanzminister in der Lage sein würde, bei den von der Budgetcommission des Abgeordnetenhauses an das Plenum zu erstattenden Generalberichte die nähern Bedingungen anzugeben, unter welchen die Regierung bereit sei, die theilweise Quotifirung zu gestatten. In dieser Gestalt sind die obigen Mittheilungen schwerlich richtig. Der Finanzminister soll sich mit dem Reichskanzler über eine Erklärung verständigt haben, durch welche die Rechte der Landesvertretung für den Fall einer erheblichen Vermehrung der Reichseinnahmen gewahrt werden; doch wird nach Lage der Dinge von einer Quotifirung kaum schon die Rede sein können.“

Nach der Auffassung der Elberfelder Zeitung würde der Schwerpunkt der parlamentarischen Verhandlung über den Reformplan des Fürsten Bismarck in der Frage der Getreidezölle liegen, über welche der Reichskanzler sich nicht äußere, woraus sich folgern lasse, daß er sie der Discussion offen halte. Es wird in dieser Beziehung ausgeführt, daß eine in mäßigen Grenzen sich bewegende Abgabe von 20—25 Pf. vom Centner von denjenigen, welche einen mäßigen Schutz Zoll zur Stärkung einzelner Industriezweige fordern, als Compensation, wenn auch mit schwerem Herzen, bewilligt werden würde:

Der maßgebende Gesichtspunkt für diese Gruppe wird der folgende bleiben: Bis zu welcher Grenze kann auf Getreide ein Zoll gelegt werden, ohne daß dadurch das unentbehrlichste Lebensmittel effectiv verteuert wird und ohne daß durch den Zoll ein bedenklicher moralischer Eindruck auf die Bevölkerung hervorgerufen würde? Denn auch mit diesem wäre sehr ernst zu rechnen. Nicht erst die Vertteuerung selbst, sondern schon die Furcht vor einer Vertteuerung kann denselben in sehr nachtheiliger Weise ausüben. Führen dann zum Unglück Missernten eine wirkliche Vertteuerung herbei, so wird es unmöglich sein, dem Volke die Meinung zu nehmen, daß das neue Zollgesetz ausschließlich für die Calamität verantwortlich sei. Wir halten die Zahl der Abgeordneten, welche sich von diesen Gesichtspunkten leiten lassen, für ziemlich beträchtlich; die weitere Consequenz für sie würde sein müssen, daß sie jeden höher gebenden Zoll auf Getreide verwerfen. Wir glauben daher, daß in der Frage der Getreidezölle die 204 Unterzeichner der Erklärung nach verschiedenen Richtungen sich spalten werden.

Die Deutsche Volkswirtschaftliche Correspondenz sagt am Schlusse eines Artikels über das Schreiben: „Die Industrie hatte diese entscheidenden Wendepunkte in unserm wirtschaftlichen Leben längst herbeigesehnt, und oft genug hat man Klage über die Verzögerung hören können; allein der Fürst hat sich auch hier wieder als ein Strategie ersten Ranges bewiesen. Wäre er früher gekommen, so würde wahrscheinlich der Eindruck kein so hochmüthiger und überwältigender gewesen sein wie gegenwärtig.“

In Bochum beschloffen am 28. Dec. die datselbst zur Bornahme der Ergänzungswahlen für die Handelskammer versammelte Wahlberechtigten (91 am



der Zahl) auf den Vorschlag des Commercienraths Baare einstimmig, das nachfolgende Telegramm an den Fürsten-Reichskanzler nach Friedrichshagen abzusenden:

Die behufs der Wahl zur Handelskammer für den Stadtkreis und Landkreis Bochum versammelten nahezu 100 Vertreter von Handel, Gewerbe und Industrie beehren sich, Ew. Durchlaucht hierdurch ihren tiefempfundenen Dank auszusprechen für das epochemachende, die zukünftige Finanz- und Zollpolitik des Reiches wohlbedacht und deutlich vorgezeichnete Programm, von dessen baldigster Verwirklichung endlich eine durchgreifende Abhilfe des dem Deutschen Reiche Verarmung und Niedergang drohenden Nothstandes zu erwarten steht.

— Aus Berlin vom 31. Dec. schreibt man der Magdeburgischen Zeitung: „Mit ziemlicher Bestimmtheit verlautet von verschiedenen Seiten, daß, allerdings erst in den letzten Tagen, ein Glückwunschsreiben des Papstes an den Kaiser eingegangen sei, welches an die Wiederübernahme der Regierung durch den Kaiser anschließt. Nach dieser Angabe, welcher wir glauben beizumessen besonders Grund haben, wäre das Dementi des Staats-Anzeigers seiner Zeit vollständig berechtigt gewesen. Ueber den Inhalt des gedachten Schreibens ist Näheres nicht bekannt. Man will annehmen, daß sich Berührungspunkte mit jenem Schreiben in dem finden möchten, welches der Papst an den vormaligen Erzbischof von Köln, Dr. Melchers, gerichtet hat.“

— Der Magdeburgischen Zeitung berichtet man aus Berlin vom 31. Dec.: „An die Mitglieder des preussischen Obertribunals und der höchsten Gerichtshöfe der übrigen Bundesstaaten ist seitens der Justizverwaltungen die Anfrage ergangen, wer von ihnen bereit sei, in das Reichsgericht zu Leipzig abzutreten. Wie es heißt, werden nur 15 Räte des Obertribunals nach Leipzig abertreten, während die übrigen sich pensioniren lassen würden. Auch von dem beim Obertribunal beschäftigten Anwälten werden die meisten in Berlin verbleiben. Die Vorschläge des Bundesrathes bezüglich der an das Reichsgericht zu berufenden Richter sollen dem Kaiser schon in den ersten Monaten des neuen Jahres überreicht werden.“

— Nach dem Berliner Actionär steht der Zusammentritt des Reichstages bereits im Februar bevor, da die Reichsregierung beabsichtigt, das Botum desselben über den deutsch-österreichischen Handelsvertrag möglichst bald einzuführen.

— Auf Grund des Reichsgesetzes vom 21. Oct. 1878 ist die Nr. 100 vom 18. Dec. 1878 der in Neumünster-Bücherei herausgegebenen und in der schweizerischen Vereinsbuchdruckerei Höttingen-Bücherei gedruckten periodischen Druckschrift: „Die Tagewacht. Organ der socialdemokratischen Partei in der Schweiz und des schweizerischen Arbeiterbundes. Neunter Jahrgang“, verboten.

Preußen. Aus Stade schreibt man der Weser-Zeitung: „Bekanntlich sind seitens der Ritterschaft des vormaligen Königreiches Hannover Gratulationsadressen an den Herzog von Cumberland und die Prinzessin Thyra von Dänemark entworfen und zur Unterzeichnung in Umlauf gesetzt. Wir sind in die Lage gesetzt, den Wortlaut derselben wie folgt mitzutheilen:

Durchlauchtigster Herzog! Gnädigster Herzog und Herr! Die frohe und verheißungsvolle Kunde von der Verlobung Ew. Königl. Hoh. mit der königlichen Prinzessin Thyra von Dänemark hat des tiefgebeugten hannoverschen Volkes Herz getroffen wie ein heller Sonnenstrahl, der dunkles Gewölke durchdringt. Inniger als je fühlt in der gegenwärtigen Zeit gewaltigere Trennung Hannovers Volk dem angehammten Herrscherhause und Ew. Königl. Hoh., dem Haupte und Erben dieses Hauses, in allem sich verbunden, was das Herz bewegt: Freud und Leid. Können wir jetzt nicht auf dem Boden der Heimat, in dem Erbe der Väter, Ew. Königl. Hoh. mit lautem Jubel begrüßen, so quillt nur um so heißer das stille Flehen unsers Herzens, daß Gott der Allmächtige über dem neuen Bunde schützend und schirmend seine Segenshand halten und daraus reiches Heil wolle erblicken lassen für das königliche Haus wie für Hannovers Land und Volk bis in die fernste Zukunft hinein. Treu in Liebe, fest in Hoffnung, bringen wir so voll Erwartung Ew. Königl. Hoh. mit der erlauchten Braut Hannovers Gruß und Glückwunsch aus der Ferne. Durchlauchtigste gnädigste Prinzessin! In der Zeit schwerer Trübsal, mit welcher der Herr das hannoversche Land und Volk heimgesucht hat, hören wir zum ersten male wieder eine Friedensbotschaft, die gute Botschaft, welche an den Namen Ew. Königl. Hoh. sich anknüpft. Begrüßen wir schon deshalb diesen Namen als das vorbedeutende Zeichen einer bessern Zukunft, so tragen wir zugleich Ew. Königl. Hoh. die volle Liebe, die unverbrüchliche Treue und die ehrfürchtvolle Ergebenheit entgegen, mit welcher wir dem angehammten Fürstenhause durch allen Wechsel von Glück und Unglück verbunden geblieben sind. In schweren Tagen haben Ew. Königl. Hoh. Ihr Geschick an das des theuern Hauptes und Erben dieses Fürstenhauses zu knüpfen beschlossen, mit welchem wir gerade in solcher Zeit je länger je mehr zu fester und treuer Anhänglichkeit uns verbunden wissen. Wir haben daraus die beglückende Bürgschaft genommen, daß Ew. Königl. Hoh. dem hohen Herrn durch alle wie durch gute Tage in treuer Liebe zur Seite stehen und mit dem reichen Gaben, welche Gott Ihnen verleihe, seinem Leben Friede, Freude, Ehre und Schmuck bringen werden. Können jetzt Ew. Königl. Hoh. in die Städte und Dörfer des hannoverschen Landes einziehen, so würden alle mit überwallender Freude der geliebten Braut, der erlauchten Ge-

mahlin des Herzogs Ernst August entgegenzuehen. Voll tiefer Begeisterung und mit bitterer Sehnsucht entbehren wir solchen Glückes. Aber Ew. Königl. Hoh. mögen doch schon jetzt einen Einzug bei uns halten — es ist alles dazu bereit — den Einzug in das Herz eines treuen Volkes. Weit geöffnet zum feierlichen Empfange stehen seine Thore. Gerufen Ew. Königl. Hoh. nur huldreich dieser neuen Heimat sich zuzuneigen, in welcher eine in Leid bewährte Liebe Sie mit heißem Willkommen begrüßt.“

In Betreff der welfischen Deputation, welche dem Herzoge von Cumberland in Kopenhagen eine Adresse überreichte und welcher durch förmlichen und feierlichen Empfang beim Könige und durch eine Gesamteinladung zur Hofstafel ein officiell Gepräuge gegeben wurde, schreibt die Norddeutsche Allgemeine Zeitung: „Eine ruhige, unbefangene Erwägung müsse dem dänischen Volke und seiner Regierung selbst die Erkenntniß aufzueignen, daß man in Deutschland mit allem Recht befremdet ist, in Dänemark eine Deutschland und seiner nationalen Entwicklung feindliche Strömung von der Gunst des Hofes und des Volkes getragen, ja gegen das Herkommen bevorzugt, und damit die Rücksichten außer Acht gelassen zu sehen, welche ein Staat dem andern, somit auch Dänemark dem Deutschen Reiche schuldig sei.“

— Der Minister des Innern hat das Verbot der Aufführung des Stückes „Die Fourchambaults“ in Stettin wieder aufgehoben.

Baiern. Der Weser-Zeitung schreibt man aus München vom 28. Dec.: „Die petersburger Reise des Prinzen Arnulf von Baiern wird hier weniger in den Zeitungen als in dem politischen eingeweihten Theil des Publikums lebhaft besprochen. Der am 6. Juli 1852 geborene Prinz ist der jüngste Sohn des Prinzen Nuitold und also ein Vetter des Königs; mehr als seine beiden älteren Brüder, mit denen er die sorgfältige Erziehung durch die verstorbene toscanische Mutter theilte, soll er sich durch lebendigen Ehrgeiz und hochstrebenden Sinn auszeichnen. Bekanntlich war der Prinz, der den Deutsch-Französischen Krieg als Secondelieutenant mitgemacht hat, im Sommer 1877 mehrere Monate im bulgarischen Hauptquartier des Zaren anwesend. Der petersburger Besuch des Prinzen ist auf die ziemlich lange Zeit von sechs Wochen normirt; vielleicht gilt er nur der Wiederanknüpfung und Befestigung der vorjährig geschlossenen kameradschaftlichen Beziehungen, vielleicht hält man daneben höhere Ziele für möglich. Der Prinz soll im russischen Hauptquartier und namentlich bei dem Zaren selbst ausgesprochen persona grata gewesen sein; er gilt unter den bairischen Prinzen für am meisten militärisch in dem bekannten petersburger Stile gekannt. Die Fußstapfen weiland des Königs Otto von Griechenland können seinen Brudersohn, eben den Prinzen Arnulf, zum Eingehen auf bezügliche bulgarische Ideen freilich eigentlich nicht einladen.“

— Die Berliner Börsen-Zeitung schreibt: „Wie ernst und unparteilich man die Angelegenheit wegen Erschießens des Studenten Sichen in Würzburg aufsaßt, geht aus einer uns aus München zugehenden Nachricht hervor, wonach der Auditor des Regiments, bei dem der Unteroffizier Budde stand, alle bei dem unglücklichen Vorfall zugegen Gewesenen zur Deponirung ihrer Wahrnehmungen auffordert.“

— Die Augsburger Abendzeitung enthält eine Zuschrift des bekannten Frhrn. v. Thüngen, in welcher er die von ihm beantragte Resolution der Wanderversammlung bairischer Landwirthe auf Einführung von Werthzöllen auf landwirthschaftliche Producte in folgender Weise zu rechtfertigen sucht:

In der Begründung meiner obigen Resolution habe ich eine Eingangszölle von 5-7 Proc. des Werthes auf die landwirthschaftlichen Producte verlangt, was nach den heutigen Getreidepreisen auf den Centner Weizen 50-60 Pf. ausmacht. Es wird dies niemand, der überhaupt in Zollsachen bewandert ist, einen Schutz Zoll nennen, und läßt sich zur Motivirung dieser Sache ganz dasselbe anführen, was in dem fraglichen Artikel zu dem dort verlangten Zoll gesagt ist. Ich verlange also ebenfalls nur einen Finanzzoll oder, wenn man so will, einen Steuerzuschlag, welcher bezweckt, daß die vom Auslande in Form von Waaren und landwirthschaftlichen Producten bisher steuerfrei bei uns eingeführte Arbeit beim Ueberschreiten der Grenze wenigstens annähernd die gleiche Steuer entrichtet soll, welche die gesammte inländische Arbeit in der Landwirtschaft, der Industrie, dem Handwerk, dem Kaufmanns-, Beamten- und Künstlerstande etc. zur Erhaltung des Staates und der Kommunen zu entrichten hat. Fast alle uns umgebenden Culturstaaten erheben Eingangszölle auf landwirthschaftliche Producte, namentlich auf Getreide. So das freihändlerische England mit seiner kolossalen Arbeiter- und Schiffsbewölkerung 3 Pence pro Centner Getreide = 3 Proc. des Werthes und 4 1/2 Pence auf den Centner Weizen; Frankreich 80 Pf. auf den Centner Getreide und Weizen = 8-9 Proc. des Werthes; die freihändlerische Schweiz 15 C. auf Getreide, 50 C. auf Weizen; Oesterreich nach dem neuen Zolltarif, der am 1. Jan. 1879 in Kraft tritt, auf den Centner Getreide 75 Pf.; Amerika auf Getreide und Weizen 20-24 Proc. des Werthes etc.

**Oesterreich-Ungarn.**

Die Neue Freie Presse schreibt aus Wien vom 31. Dec.: „Wie es scheint, soll zu Beginn des neuen Jahres der hiesige Ballplatz wiederum zum

Ziele einiger diplomatischer Missionen werden. Zwar die Nachricht der Riforma, daß Graf Corti einem Auftrag seines Cabinets an die österreichische Regierung zu erledigen habe, wartet noch ihrer Bestätigung. Bis jetzt ist, wie wir vernehmen, die Hieserkunft des italienischen Diplomaten officiell noch nicht angekündigt, wenn auch das Schreiben italienischer Emisfare in Albanien, wie aus einem neuerlichen prijrender Briefe der Politischen Correspondenz hervorgeht, allerdings einer autoritativen Aufklärung des römischen Cabinets dringend zu bedürfen scheint. Sollte aber Graf Corti mit einer Mission nach Wien nicht betraut sein, so wird jedenfalls Savet-Pascha seine Reise auf den Botschafterposten in Paris am hiesigen Orte unterbrechen, um hier wie auch in Bukarest einen Specialauftrag zu erfüllen. Welcher Art derselbe sein wird, ist noch nicht bekannt; doch darf man annehmen, daß berechnete Besuchen über Rußland ihm nicht ganz fern liegen. Es ist nämlich evident, daß in Ostrumelien die Wählerreien von russischer Seite noch nicht um Haarsbreite nachgelassen haben. Die dortigen russischen Autoritäten lassen nicht nur jede Energie gegenüber der bulgarischen Bevölkerung, welche in ihrer Feindesart gegen die Verfügungen der internationalen Commission fortfährt, in bedenklicher Weise vernichten, sondern sie machen sich auch neuerlich verdächtig, die Bulgaren, namentlich in der Umgegend von Philippopol, mit Waffen zu versehen.“

— Ein officieller Correspondent der Bohemia berichtet über den Stand der österreichischen Ministerkrise folgendes: „Die Frage ist, wie positiv versichert werden kann, im Augenblicke noch nach seiner Seite hin entschieden und wird es vermuthlich nicht früher sein, ehe nicht der Kaiser nach Wien zurückgekehrt sein und der Reichsrath sein Verdict über den Berliner Vertrag abgegeben haben wird; in jedem Falle wird es ein definitives und ein neues Cabinet sein, welches dem Reichsrathe gegenübertritt wird. So kurz bemessen auch die Frist sein mag, die dem Reichsrathe bis zur natürlichen Beendigung seiner Sessionsdauer noch eingeräumt ist, jedenfalls ist sie lang genug, um von dem neuen Cabinet ein bestimmtes klares Programm voranzusetzen, vor allem auf wirthschaftlichem Gebiete, zu dem die Impulse nach mehr als einer Richtung hin gegeben sind.“

**Italien.**

Laut Nachrichten aus Rom hat der Vatican dem Entwurf des Bischofs Stojmeyer wegen Organisation der katholischen Kirche in Bosnien angenommen. Bosnien wird danach eine Diöcese bilden, deren Sitz Sarajewo werden soll; der Bischof bezieht 12000 Fl. jährlicher Dotation und die Einnahmen von einem Grundbesitz. Dem zu gründenden Kapitel und Seminar werden 24000 Fl. zugewiesen; in Zornit, Banjalata und Travnik werden Generalvicare eingesetzt, die jährlich 6600 Fl. und die Einnahmen von einem kleinen Gute mit Länderei beziehen. Der päpstliche Nuntius in Wien ist beauftragt, die Unterhandlungen mit Oesterreich wegen Annahme dieses Entwurfes zu führen.

— Aus Rom vom 26. Dec. schreibt man der Neuen Preussischen Zeitung: „Das revolutionäre Centralcomité in Rom für die Italia irredenta ist in großer Thätigkeit. Der General Avezzana hat in einem Briefe an das im geheimen erscheinende Journal La Giovine Trieste feierlich versprochen, daß er sich an die Spitze der Bewegung gegen Oesterreich stellen werde, um Triest und Trient den Krallen des österreichischen Adlers zu entreißen.“ Gleich nachdem Depretis zum Conseilpräsidenten und Minister des Innern ernannt worden, hatte Avezzana eine Unterredung mit Depretis, in welcher es sich um die erwähnten Provinzen handelte.“

**Frankreich.**

\* Paris, 31. Dec. Der Economist français bringt einen Artikel des bekannten französischen Volkswirthes Paul Leroy Beaulieu. Der französische Schriftsteller bezieht sich auf die ihm vom Reichskanzler vor zwei oder drei Jahren erwiesene Ehre, da derselbe im Reichstage einen von seinen Artikeln verlesen habe. Dr. Leroy Beaulieu unterscheidet die drei in dem Schreiben mit imperatoria brevitas — mit der herrschermäßigen Bestimmtheit — behandelten Gegenstände: die Finanzreform im eigentlichen Sinne, d. h. die Ersetzung von directen Abgaben durch indirecte; die Zollfrage nicht bloß vom fiscalischen, sondern auch vom nationalen Standpunkte aus; endlich die Revision der Eisenbahntarife. In dem ersten Punkte stellt er sich ohne Bögern und Umschweife auf die Seite des Fürsten Bismard. Wenn die deutschen Staatsmänner das Erträgniß der Tabacksteuer auf 60-100 Mill. Frs. erhöhten, so handelten sie als Männer von Verstand und Vorsicht. Um so weniger einverstanden ist er mit der vorgeschlagenen Zollpolitik; er erinnert daran, wie Pongier-Quertier und Thiers auf der Tribüne ähnliche Gedanken vorgetragen hatten. „Lassen wir“, so sagten diese, „das Ausland den stärksten Theil der

7-800  
Salbung  
gesteht de  
mit einer  
Epigrafi  
selbst Th  
solche Th  
die große  
vergeben  
vor ihren  
sucht nach  
der Reich  
Producent  
ihm als  
des die  
der Einfu  
Seite in  
lyoner Fo  
Masse un  
Zolles ni  
selbst un  
taltät ob  
folge nich  
ausländis  
Die B  
tern ange  
mit Zinse  
britanten,  
Bismard  
welche an  
wird der  
Gewinne u  
der Export  
nur für de  
welchem B  
dem unter  
Der C  
von große  
in der P  
3 Stimme  
und Lebr  
Minimum  
Dieses w  
— Ueber  
reich un  
Der B  
französis  
großer G  
schon ein  
gerte fortz  
gangenen  
quelle, er  
klagte er  
Bericht de  
Erfolg ge  
neßliche R  
Enquete b  
blos bei ih  
Dr. v. San  
lichteiten  
vertheilen  
nach den  
schlossenen  
eines Euro  
wesenheit  
der Genera  
lich, er w  
brachte, de  
zulast und  
legung ein  
Gewalt von  
fische Regie  
sprach sein  
schickte Dr.  
goman mit  
erschien bei  
raten und  
Graf Sando  
feien, sie n  
Militärs w  
Der L  
geschrieb  
Die Fr  
klärungen  
confuls v.  
tunesscher  
Nach meine  
Geschichte  
tern ihr zu  
bereits in  
melbet als  
Frankreich,  
einem itali  
sei, worauf  
in die Stal  
der Bei ha  
laubniß de  
Fregatte C  
dem Frank  
heiligen Lu  
+ Lond  
Jahre ein  
Lage zu  
Oberver  
haltung de  
schließen  
Rußland,  
in besonde



7-800 Mill. Frs. Steuern bezahlen, die wir zur Salbung der Kriegskosten nöthig haben." Dr. Beaulieu gesteht dem Schreien des Reichskanzlers zu, daß es mit einer subtilis particuliers — mit einer besondern Spitzigkeit — geschrieben sei, die Pouyer-Quertier und selbst Thiers entbehrt hätten. Auch Napoleon habe solche Ideen gehabt, welche man bei Männern finde, die große politische Erfolge hinter sich hätten und leicht vergessen, daß die Dinge sich nicht wie die Menschen vor ihren Ideen und Anschlügen beugen. Dr. Beaulieu sucht namentlich das Argument zu widerlegen, welches der Reichskanzler aus dem Interesse der auswärtigen Producenten für niedere Eingangszölle zieht, und stellt ihm als Gegenargument das Interesse entgegen, welches die inländischen Producenten an der Erhöhung der Einfuhrzölle zeigen. Die Erhöhung der Zölle auf Seide in den Vereinigten Staaten z. B. habe der lyoner Fabrication den dortigen Markt in steigendem Maße entzogen, da die Fabrikanten die Erhöhung des Zolles nicht auf ihre Rechnung nehmen konnten. Allein selbst unterstellt, daß der fremde Producent die Totalität oder fast die Totalität des Zolles trage, so folge nicht daraus, daß ein Land wie Deutschland alle ausländischen Artikel taxiren dürfe. Dr. Beaulieu sagt: Die Behandlung, welche Deutschland den andern Völkern angedeihen lassen wird, wird man ihm voraussichtlich mit Zinsen wiedergeben. Dann werden die deutschen Fabrikanten, welche exportiren, nach der Theorie des Fürsten Bismarck die ganze Vermehrung der Zölle zu tragen haben, welche andere Länder auf deutsche Producte legen. Wo wird der Gewinn sein? Der Reichskanzler wird nur die Gewinne und Vermögen anderer vertheilen, die Einkünfte der Exporteure vermindern und die der Fabrikanten, welche nur für den inländischen Markt arbeiten, vermehren. Mit welchem Rechte kann man dem einen zuwenden, was man dem andern entzieht?

Der Stadtrath von Paris hat einen Beschluß von großer Wichtigkeit gefaßt, dessen Wirkung sich auch in der Provinz geltend machen wird. Mit 63 gegen 3 Stimmen wurde beschloffen, das Gehalt der Lehrer und Lehrerinnen aus den Congregationen auf das Minimum herabzusetzen, welches das Gesetz vorschreibt. Dieses wechelt zwischen 250—150 Frs. jährlich.

Ueber den Anlaß zu dem Zwist zwischen Frankreich und Tunis theilt die France Folgendes mit:

Der Bei von Tunis hatte vor einigen Jahren mit dem französischen Grafen Sancy Verträge über die Einrichtung großer Geschäfte abgeschlossen und der letztere in der That schon ein Geschäft von 60 Pferden geschlossen, als er sich weigerte fortzufahren, da der Bei die in dem Vertrage eingegangenen Bedingungen nicht einhalte. Er bat um eine Enquete, und da die Regentenschaft ihm diese verweigerte, beklagte er sich bei dem französischen Generalconsul. Auf den Bericht des letzteren erließ, da auch seine Verwendung keinen Erfolg gehabt hatte, Dr. Waddington eine Note an die tunesische Regierung, in welcher er auf die Einleitung der Enquete drang. Die Regentenschaft beharrte nunmehr nicht bloß bei ihrer Weigerung, sondern erklärte auch, daß, wenn Dr. v. Sancy nicht bis zum 9. Dec. 8 Uhr morgens die Vertretungen geräumt hätte, sie ihn mit Waffengewalt daraus vertreiben werde. Nun ist es aber dem Bei von Tunis nach den von ihm mit den europäischen Regierungen geschlossenen Verträgen ausdrücklich verboten, in die Wohnung eines Europäers ohne die Ermächtigung und persönliche Anwesenheit seines Consuls einzudringen. Demgemäß eröffnete der Generalconsul Roustan der tunesischen Regierung schriftlich, er werde, wenn sie ihre Drohung zur Ausführung brächte, dem Grafen Sancy mit einem Offizier seines Consuls und seinen Janitscharen beistehen und sich der Verletzung eines französischen Eigenthums nöthigenfalls mit Gewalt widersetzen. Am 8. Dec. erwiderte ihm die tunesische Regierung ebenfalls schriftlich, daß sie auf seine Einsprüche keine Rücksicht nehmen könne. Noch am selben Abend schickte Dr. Roustan dem Grafen Sancy seinen ersten Dragoman mit seinen Janitscharen und am folgenden Morgen erschien bei dem Grafen eine Bande von tunesischen Generalen und Offizieren. Auf die bestimmte Erklärung, daß Graf Sancy und die Vertreter des Consuls entschlossen seien, sie mit Gewalt zurückzuweisen, zogen die tunesischen Militärs wieder ab.

Der National-Zeitung wird darüber aus Paris geschrieben:

Die France behauptet, Waddington habe in Wien Erklärungen über die Anwesenheit des österreichischen Generalconsuls v. Tschoborovic bei dem Versuche des Eindringens tunesischer Beamten in französisches Eigenthum verlangt. Nach meiner persönlichen Information hat diese tunesische Geschichte keineswegs die von der France und andern Blättern ihr zugeschriebene Bedeutung und wäre die Erledigung bereits in den nächsten Tagen zu erwarten. Die France meldet als Beweis des bösen Willens des Bei gegenüber Frankreich, daß der Geschäftsträger Italiens, Maccio, auf einem italienischen Kriegsschiffe vor Goletta angekommen sei, worauf die Besatzung des Schiffes bewaffnet mit Ruß in die Stadt Tunis eingezogen sei, während kürzlich erst der Bei hartnäckig dem französischen Generalconsul die Erlaubniß verweigert habe, Mannschaften der französischen Fregatte Champlain landen zu lassen, obgleich solches auf dem Frankreich eingeräumten Terrain des Grabes des heiligen Lubvig geschehen sollte.

**Großbritannien.**

London, 31. Dec. Daß wir mit dem neuen Jahre eine Wendung zum Bessern in der politischen Lage zu erwarten haben, glaubt das Wochenblatt Observer aus der neuerdings weniger herausfordernden Haltung der russischen Presse und russischen Diplomatie schließen zu dürfen. Bereits bemähe man sich in Rußland, der Ansicht entgegenzutreten, daß Schir-Ali ein besonderer Schützling Rußlands sei. In Rumelien

zeige sich gleichfalls eine wesentliche Besserung der Verhältnisse. „Es ließ sich nicht erwarten, daß von den Umtrieben Fürst Dondukov-Korsakow's plötzlich überhaupt nichts mehr gehört würde. Es ist schon etwas, wenn nicht alles, zu wissen, daß viele der schlimmsten Verichte, die aus der Balkanhalbinsel eintreffen, in der Folge als gründlich unwarhaft sich ausgewiesen haben. Es ist nicht der Fall, daß unüberwindliche Hindernisse durch Agenten oder Gesandte Rußlands den Commissaren in den Weg gelegt sind. Es ist nicht der Fall, daß die Commissare ihre Arbeiten in Philippopel eingestellt haben. Wir haben besten Grund zu der Annahme, daß innerhalb der letzten 14 Tage die Commissare wesentliche und schnelle Fortschritte in zwei Fragen von hoher Bedeutung gemacht haben: erstens betreffs der künftigen Regierung Rumeliens, zweitens betreffs der Art und Weise, in der die Ordnung bewahrt werden soll, wenn die russischen Soldaten auf Grund des Berliner Vertrages vom 3. Mai abgezogen sind. Die Tendenz in Rumelien, dem neuen Bulgarien zugeneigt, ist, den bestunterrichteten Beobachtern zufolge, gewaltig übertrieben worden. Die Meinungsverschiedenheit, die zwischen den Vertretern der verschiedenen Mächte bestehen sollte, scheint der Hauptsache nach ein Werk der Erfindung zu sein.“ Es folge nun in der That nicht, daß es Rußland mit gutem Gewissen überlassen werden könne, nach eigenem Gutdünken die Dinge in der Balkanhalbinsel zu regeln. „Der vereinte Widerstand Englands und Oesterreichs habe Rußland bereits veranlaßt, seine Absicht aufzugeben, die bulgarische Grenze in solcher Entfernung von Silistria zu ziehen, daß dadurch der Bau einer Brücke von Rumänien nach der Dobrudscha auf rumänischem Gebiete unmöglich gemacht werde. Rußland hat in der That mit einem Factor in der orientalischen Frage zu rechnen, der bevor in solcher Macht nicht bestand — dem aufrichtigen Einverständnis zwischen mächtigen europäischen Staaten.“

Der Spectator betrachtet Fürst Bismarck's Pläne bezüglich der Wiedereinführung eines Schutzzolltarifs für Deutschland und das schweizer Project zu einer ähnlichen Politik für die Schweiz als überaus beachtenswerthe und unwillkommene Zeichen unserer Zeit. Glücklicherweise sei noch zu hoffen, daß keiner dieser Pläne gänzlich erfolgreich sein werde. Fürst Bismarck habe mit der gründlichsten Verachtung von dem verstorbenen Kaiser Napoleon III. — als einem Staatsmanne — gesprochen, und zweifelsohne nicht ohne eine gewisse Berechtigung. Jedemfalls habe aber Napoleon III. besser gewünscht, was zu der materiellen Wohlfahrt Frankreichs führe, als Fürst Bismarck dies bezüglich Deutschlands zu wissen scheine. Napoleon III. würde niemals an einem seiner Berather den Brief geschrieben haben, welchen der Fürst soeben an den deutschen Bundesrath gerichtet habe. Dieser Brief beweise, daß alle Trugschlüsse der Schutzzöllner mit der Ueppigkeit des Unkrautes auf reichem Boden in ihm wucherten. Es sei jedoch klar, daß gewisse schweizerische Staatsmänner denselben Irrthümern verfallen seien, und in unsern eigenen Colonien ähnliche Trugschlüsse täglich an Popularität gewinnen. Das Volk habe es nahezu verlernt, zu begreifen, daß die Regierungen wenig oder gar nichts mehr für den Handel zu thun vermögen, als Ruhe und Vertrauen zu erhalten, während sie andererseits viel zu dessen Störung beitragen können, indem sie ungesunde Unternehmungen unterstützen, aus dem einfachen Grunde, weil diejenigen, welche sich an denselben beteiligten, über ihre Verluste klagen.

Ander's urtheilt der Morning Advertiser. „Es ist nicht billig“ — schreibt das Blatt — „Fürst Bismarck, wie viele dies jetzt thun, als einen fanatischen Schutzzöllner hinzustellen, der eigensinnig darauf verfallen ist, ausländische Waaren mit schweren Zöllen zu belegen, um die heimische Industrie zu schützen. Der Kanzler ist in früheren Jahren Freihändler gewesen, und wir sehen noch keine ausreichenden Gründe, um anzunehmen, daß er plötzlich in das entgegengesetzte Extrem umgeschlagen ist. Sein Brief an den Bundesrath läßt eine derartige Auslegung sicherlich nicht zu. Der Zweck, für welchen er irgendwelchen Vorschlag zur Veränderung des deutschen Tarifs macht, ist finanzieller und nicht ökonomischer Natur.“

Eine Massenversammlung der hiesigen Deutschen ist für Donnerstag, 2. Jan., angezeigt. Dieselbe wird in der Hall of Science, Old-Street, stattfinden. Auf der Tagesordnung stehen folgende Punkte: 1) Der Kanzlerdespotismus in Deutschland. 2) Wie verhalten sich die Deutschen im Auslande dem gegenüber? Unter den angemeldeten Rednern befindet sich auch der ehemalige Reichstagsabgeordnete Rost.

**Belgien.**

Der Senat hat sich in der Sitzung am 27. Dec. mit dem Armeecorps beschäftigt. Der Kriegsminister verteidigt das jährliche Contingent von effectiv 12000 Mann sehr energisch und schloß mit den zündenden Worten: „Wir sind einer der Punkte des Schachfeldes des Nordens. Man muß alles, was

möglich ist, thun, um die Armee in tüchtigen Stand zu setzen. Ich weiß nicht, was die Zukunft unserer Armee bestimmt, doch kann ich sagen, daß der Feldennuth unserer Väter und lehrt, unsere Grenzen zu verteidigen. Durch diesen Feldennuth haben unsere Vorfahren ihre nationale Unabhängigkeit wiedererobert, trachten wir in unsern Zeiten des Vorfalls und als ein mannhafte Volk zu zeigen. Es ist besser, ohne Armee zu sein, als eine schlechte und schlecht organisierte Armee zu besitzen. Man muß den Muth haben, Opfer zu bringen. Begeistern wir uns an den Beispielen unserer Vorfahren, denn für eine entehrte Nation gibt es kein Erwachen mehr.“ Die Gesetzesvorlage wurde mit 39 gegen 12 Stimmen angenommen.

**Türkei.**

Die Politische Correspondenz enthält eine Art von politischem Programm Khereddin-Pascha's, welches dieser in Form eines Interviews verschiedener Correspondenten großer europäischer Blätter (Standard, Journal des Débats und Neue Freie Presse) in die Öffentlichkeit gebracht hat. Dasselbe umfaßt folgende Hauptpunkte: 1) Wiederberufung des Parlaments sobald als möglich behufs weiterer Reformen, jedoch jetzt noch nicht, weil jetzt die Debatten das Land nur aufregen würden; 2) nach außen Verständigung mit Rußland, Montenegro, Oesterreich, Griechenland, wozu auch alleits Hoffnung sei. Merkwürdig ist folgende Enthüllung, welche Khereddin-Pascha den Correspondenten machte:

Unglücklicherweise hat der Sultan oft mannschafte Unruhe infolge bestiger Schreden und Besorgnisse. Durch sträfliche Versuche gegen seinen Thron alarmirt, sieht er überall Intriguen und Complotte. Daher kommt es, daß er den Personen, die er in seinem Rath berufen, niemals volles Vertrauen schenkt, und daß die Minister niemals wissen, ob sie seiner Unterstüßung sicher sind. Dieser Umstand, den Sie in Ihren Correspondenzen betonen wollen, bereitet einem Großvezir eine sehr schwierige Lage.

Nach einer Meldung der wiener „Presse“ aus Pera soll die neue Grenzlinie, welche die Pforte der griechischen Regierung vorschlagen wird, bei Pesti-Dendra in Thessalien beginnen und bis zum Dorfe Bolo in Epirus, der Insel Korfu gegenüber, laufen. Statt „Pesti-Dendra“ ist wol Polhdendra zu lesen, welcher Ort am Aegäischen Meere unter derselben Breite wie Larissa, die Hauptstadt Thessaliens, liegt, sodas nach dem türkischen Vorschlage die neue Grenze zwischen dem Ossa und Pelion hindurchgehen und das Thal des Salamoria mit Larissa bei der Pforte belassen würde. Wie in Thessalien Larissa, würde in Epirus Janina der Pforte verbleiben.

**Königreich Sachsen.**

Die Dresdner Nachrichten schreiben: „In unterrichteten Kreisen findet das Gerücht von der bevorstehenden Verlobung der Prinzessin Mathilde mit dem Kronprinzen von Oesterreich, wie schon mitgetheilt, keinen Glauben; hingegen taucht ein Gerücht über eine Verlobung des österreichischen Kronprinzen mit einer andern Nichte unsers Königs auf: mit der Erzherzogin Antoinette von Toscana. Dieses Gerücht ist ziemlich glaubwürdig.“

Leipzig, 2. Jan. Die seit kurzem hier in der Genossenschaftsbuchdruckerei erschienene Zeitschrift Leipziger Beobachter, welche nach dem Verbote der Mitteldeutschen Zeitung herauskam, ist auf Grund des Reichsgesetzes vom 21. Oct. v. J. von der hiesigen königlichen Kreisauptmannschaft als Landespolizeibehörde ebenfalls verboten worden.

Leipzig, 2. Jan. Der hiesigen Luisenstiftung ist von einer Frau, deren Namen verschwiegen bleiben soll, ein Kapitalbetrag von 1500 M. überwiesen worden.

Der wiener Deutschen Zeitung wird aus Leipzig vom 29. Dec. gemeldet: „In der socialistischen Partei vollzieht sich eine Spaltung. Die Bestimmung zwischen Liebknecht und Bebel wird immer intensiver und die Gruppierung der Partei in Moderados und Exaltados immer mehr ersichtlich. Am 21. Dec. haben sich 18 der bedeutendern Agitatoren nach Newyork eingeschifft.“

Leipzig, 2. Jan. Im Monat December 1878 wurden im Fremdenbureau des Polizeiamtes 2049 zugewandene Gewerbegehilfen angemeldet; 124 erhielten Arbeit und 182 traten aus Arbeit und reisten ab. Wohnungs-An- und Abmeldungen ergingen im vorigen Monat 575. Die Zahl der überhaupt im Jahre 1878 zur Anmeldung gekommenen zugewandenen Gewerbegehilfen beträgt 27369, d. i. 3305 mehr als im Jahre 1877. In Arbeit traten 3778, während 2970 aus Arbeit traten und abreisten. Wohnungs-An- und Abmeldungen kamen im vorigen Jahre 11188 vor. — Auf der Magdeburger Bahn wurden im vorigen Monat 162, im Jahre 1878 überhaupt 4044 Auswanderer vor hier nach Hamburg und Bremen beordert.

Leipzig, 2. Jan. In dem Zeitraume zwischen beendetem Michaelismesse 1878 (21. Oct.) und dem 31. Dec. desselben Jahres sind im Fremdenbureau des Polizeiamtes 13696 Personen zur Anmeldung gekommen. Im Jahre 1877 betrug die Zahl der Anmeldungen in diesem Zwischenraume und zwar trotzdem, daß damals die Michaelismesse schon am 15. Oct. schloß, 13437, also 259 weniger. Im Jahre







Leipziger Börse.

2. Jan.

Wechsel.

Table of exchange rates for various cities including Amsterdam, Brüssel, London, Paris, Petersburg, and Wien.

Deutsche Fonds.

Table of German bonds and securities, listing titles like Deutsche R.-Anl. and various municipal bonds.

Bank-Disconto.

Table of bank discount rates for different banks and locations.

Sorten.

Table of various types of banknotes and currencies.

Eisenb.-Stamm-Act.

Table of railway stock prices for various companies.

Table of international bonds and securities, including titles like Berlin-Stettin and Böhmisches Nordbahn.

Table of railway stocks (Eisenbahn-St.-Pr.-Action).

Table of bank and credit stocks (Bank- u. Credit-Action).

Industrie-Act. Prioritäten u. Stamm-Prior.

Table of industrial stocks and priority shares.

Ausländische Fonds.

Table of foreign bonds and securities.

Table of international railway stocks (Int. Eisenb.-Prior.-Obl.).

Ausl. Eisenb.-Prior.-Obl.

Table of foreign railway bonds and securities.

Kohlen-Act. u. Prior.

Table of coal stocks and priority shares.

Deutsche Allgemeine Zeitung.

Das Abonnement für die Messe beträgt 2 Mark und wird die Zeitung den betreffenden Abonnenten auf Wunsch gegen eine kleine Vergütung täglich zugesandt.



Wir führen Wissen.



